vinetur

# Britische Gastgewerbebranche fordert Senkung der National-Insurance-Beiträge nach 100.000 verlorenen Jobs in zwei Jahren

UKHospitality zufolge gefährden höhere Lohnkosten eine Branche, auf die 31 % der ersten Jobs für 16- bis 24-Jährige entfallen.

Donnerstag, 8. Oktober 2026



Die britische Gastgewerbebranche fordert die Regierung auf, die Arbeitgeberbeiträge zur National Insurance im Haushalt dieses Monats zu senken. Sie warnt, dass ihre Rolle als wichtiger Einstieg in die Arbeitswelt für junge Menschen durch höhere Steuern und steigende Betriebskosten geschwächt wird.

UKHospitality, der wichtigste Branchenverband des Sektors, erklärte, eine neue Auswertung von Daten des Office for National Statistics zeige, dass Gastgewerbebetriebe in den vergangenen zwei Jahren rund 100.000 Arbeitsplätze verloren hätten. Diese Zahl entspreche 45 % aller Stellen, die im selben Zeitraum in der britischen Wirtschaft weggefallen seien.

Der Verband betonte, die Verluste seien besonders bedeutsam, weil Restaurants, Pubs, Bars, Hotels und andere Gastgewerbebetriebe weiterhin zu den größten Anbietern von Einstiegsjobs im Land zählten. Seiner Auswertung zufolge entfallen 31 % der ersten Jobs für 16- bis 24-Jährige auf die Branche; zudem beschäftigt sie 18,2 % aller jungen Menschen mit Arbeit im Vereinigten Königreich. Nach Angaben von UKHospitality entstehen in der Branche jedes Jahr rund 300.000 Stellen für junge Beschäftigte. Diese Möglichkeiten seien jedoch gefährdet, wenn die Regierung die Beschäftigungskosten nicht senke.

Die Organisation fordert die Minister auf, die Schwelle für Arbeitgeberbeiträge zur National Insurance für Gastgewerbebetriebe schrittweise bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode auf 10.000 £ anzuheben. Damit sollen die Lohnkosten für Arbeitgeber sinken, während viele Betriebe nach eigenen Angaben bereits stark unter Margendruck stehen.

Allen Simpson, Geschäftsführer von UKHospitality, sagte, die Fähigkeit der Branche, weiterhin jüngere Beschäftigte einzustellen, sei durch eine Kombination aus Steuerbelastung und Kosteninflation beeinträchtigt worden. Gastgewerbeunternehmen seien in den vergangenen zwei Jahren mit zusätzlichen Kosten von mehr als 5 Mrd. £ konfrontiert gewesen. Außerdem zahle die Branche 82 % ihrer Gewinne vor Steuern an Unternehmenssteuern, so Simpson. UKHospitality bezeichnete diesen Anteil als den höchsten aller Branchen.

Simpson sagte, das Thema müsse im ersten Haushalt von Finanzminister John Healey angegangen werden, der für Mittwoch, den 28. Oktober, angesetzt ist. Der Haushalt müsse einen Kurswechsel signalisieren und arbeitsintensive Unternehmen unterstützen, die viele jüngere und geringer bezahlte Beschäftigte einstellen.

Die Warnung von UKHospitality kommt zu einer Zeit, in der viele Arbeitgeber der Branche weiterhin mit einem schwierigen Geschäftsumfeld zu kämpfen haben. Gastgewerbebetriebe reagieren besonders empfindlich auf steigende Personalkosten, da Löhne einen großen Teil ihrer Gesamtausgaben ausmachen. Hinzu kommen Belastungen durch Energierechnungen, steigende Lebensmittelpreise, Mieten, Gewerbeimmobiliensteuern und Finanzierungskosten. Branchenverbände argumentieren seit Monaten, viele Betriebe könnten diese Kostensteigerungen nicht länger auffangen, ohne Arbeitsstunden zu kürzen, weniger Personal einzustellen oder Investitionen aufzuschieben.

Der Verband führte die aktuellen Arbeitsplatzverluste unmittelbar auf diese Belastungen zurück. Die Fähigkeit der Branche, jungen Menschen Beschäftigungsmöglichkeiten zu bieten, sei bereits stark beansprucht und könne sich weiter verschlechtern, wenn die Regierung nicht handle. Simpson sagte, die Unternehmen wollten nicht, dass weitere Arbeitsplätze oder Chancen verloren gingen. Er forderte die Minister auf, die Beschäftigungskosten zu senken, damit die Branche wieder mehr Personal einstellen könne.

Der Branchenverband stellte die Forderung auch in den Zusammenhang mit einer umfassenderen Problematik am Arbeitsmarkt. Die Branche könne dazu beitragen, die Zahl junger Menschen zu verringern, die sich weder in Ausbildung noch in Beschäftigung oder Weiterbildung befinden und in Großbritannien häufig als NEETs bezeichnet werden. Sie biete zahlreiche Einstiegsstellen und flexible Arbeitszeiten. Für viele junge Beschäftigte seien Jobs im Gastgewerbe der erste Schritt in den Arbeitsmarkt und böten die Möglichkeit, Erfahrungen im Kundenservice, in der Teamarbeit und im Management zu sammeln.

Die Forderung nach Steuerentlastungen ist Teil eines umfassenderen Maßnahmenpakets von UKHospitality zur Förderung des lokalen Wirtschaftswachstums und zur Wiederbelebung der Einkaufsstraßen. Anfang dieser Woche veröffentlichte der Verband nach eigenen Angaben einen Leitfaden für die Zentralregierung und Kommunalverwaltungen mit 33 Empfehlungen zum Abbau regulatorischer Hürden und zur Erholung von Geschäftsvierteln. Die Vorschläge betreffen Gewerbeimmobiliensteuern, Infrastruktur, Genehmigungen, Bauplanung, Mieten und Qualifikationen.

Unter anderem forderte der Verband schnellere Baugenehmigungen, Änderungen bei den Genehmigungsregeln und einen breiteren Ausbau von Ausbildungsprogrammen im Gastgewerbe. Diese Änderungen würden es Unternehmen zusammen mit niedrigeren Steuerkosten erleichtern, zu eröffnen, zu expandieren und Personal einzustellen.

Die Debatte betrifft mehr als nur Beschäftigungszahlen, denn Pubs, Bars und Restaurants stehen im Zentrum des Getränkehandels. Wenn Betreiber weiterhin mit steigenden Steuer- und Arbeitskosten konfrontiert sind, kann das die Rentabilität mindern, ihre Ausgaben für Bier, Wein und Spirituosen begrenzen und die Nachfrage in Teilen der Getränkelieferkette schwächen. Weniger Personal kann zudem Öffnungszeiten, Servicekapazitäten und Absatzmengen beeinträchtigen, insbesondere in Betrieben, in denen Getränke eine wichtige Umsatzquelle darstellen.

Die Regierung hat sich bislang nicht öffentlich zum jüngsten Vorschlag von UKHospitality geäußert. Arbeitgeber aus Einzelhandel, Freizeitwirtschaft und Gastgewerbe dürften den Haushalt aufmerksam verfolgen. Sie haben geltend gemacht, dass arbeitsintensive Branchen einen unverhältnismäßig hohen Anteil der Steuer- und Compliance-Kosten tragen.

Vorerst versucht UKHospitality, die Argumentation zu untermauern, dass das Gastgewerbe nicht nur als Branche mit direktem Kundenkontakt, sondern auch als Beschäftigungsmotor des Landes behandelt werden sollte. Die zentrale Botschaft lautet: Wenn die Regierung mehr junge Menschen in Arbeit bringen und die Zentren von Städten und Gemeinden stärken will, muss sie die Kosten für die Beschäftigung von Menschen in den Unternehmen senken, die ihnen den Einstieg ins Berufsleben ermöglichen.